



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 221 Postulat Zehnder Ferdinand und Mit. über die Einbindung der Zentralschweiz ins (inter)nationale Bahnverkehrssystem / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Jürg Meyer beantragt Erheblicherklärung.
Ferdinand Zehnder hält an seinem Postulat fest.

Jürg Meyer: Die CVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats einstimmig. Die Gründe dazu wird der Postulant selber näher erläutern. Im Vordergrund steht jedoch, dass der Regierungsrat selber feststellt, dass er mit dem Fahrplanangebot 2017 in keiner Art und Weise zufrieden ist. Diese Einschätzung teilen wir, daher wollen wir den Regierungsrat dabei unterstützen, dass er weiter Einfluss nehmen kann, damit Luzern nicht vom internationalen Bahnverkehrssystem abgehängt wird. Das ist nur möglich, wenn der Auftrag dazu weiter besteht und der Kantonsrat ein Zeichen setzt. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Ferdinand Zehnder: Die Begründung des Regierungsrates zeigt die derzeit unbefriedigende Situation und den schleichenden Abbau auf und wirft Fragen auf. Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Für den Tourismusstandort Zentralschweiz und insbesondere für den Kanton Luzern ist es eminent wichtig, nicht abgehängt zu werden; der Fernverkehr soll weiterhin über Luzern führen. Unter anderem wird damit auch einer Überlastung des Bahnhofs Zürich entgegengewirkt. Wir brauchen einen direkten Anschluss in das Tessin und zurück, um ein attraktiver Standort zu bleiben. Das Umsteigen in Arth-Goldau ist trotz der kurzen Distanz nicht verantwortbar, vor allem für gehbehinderte Menschen. Zudem treffen Verbindungen aus Luzern öfters verspätet in Arth-Goldau ein. Familien und kleine Gruppen werden durch das Umsteigen auseinandergerissen, weil viele Zugsabteile bereits besetzt sind. Bundespräsidentin Doris Leuthard hat Nationalrat Damian Müller anlässlich der Dezember-Session ein Gespräch angeboten. Dessen Resultat ist noch nicht bekannt, deshalb ist die Forderung meines Postulats noch nicht erfüllt. Der SBB-Chef Andreas Meyer hat am 18. Januar 2017 am Mobilitätskongress 2017 im Verkehrshaus mitgeteilt, dass im April das erste Quartal ausgewertet werde und anschliessend Veränderungen vorgenommen werden könnten. Die Regierung muss deshalb unbedingt zusammen mit den eidgenössischen Parlamentariern Druck ausüben. Neben den internationalen Verbindungen Richtung Süden und Norden müsste es uns auch gelingen, attraktive Zugverbindungen wie den TGV oder den ICE nach Luzern zu holen. Der Kantonsrat hat mehrmals bestätigt, dass er den Durchgangsbahnhof wünscht. Bis auf eine Fraktion stehen alle hinter diesem entscheidenden, visionären und mutigen Projekt. Damit wir die Nutzungsanalyse nicht verlieren, müssen wir alles unternehmen, um hohe Frequenzen im Hauptbahnhof Luzern zu erhalten. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Guido Bucher: Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu. Wir alle haben uns auf den neuen Gotthardbasistunnel gefreut, sind aber über die negativen Auswirkungen auf Luzern etwas erschrocken. Wir wollen gute Verbindungen von der Zentralschweiz in den Süden. Darum ist es nicht angebracht, dass diese Leistungen gekürzt werden. Bundesrätin Doris Leuthard hat zwar gemeint, wir müssten ja nur umsteigen. Wenn dieses Umsteigen aber mit Aufwand verbunden ist beziehungsweise wenn nach dem Umsteigen gar kein Platz mehr vorhanden ist, sieht die Situation doch etwas anders aus. Die Regierung zeigt in ihrer Begründung auf, dass sie das Problem ernst nimmt, und auch unsere Parlamentarier in Bern haben sich dieses Themas angenommen. Man könnte also sagen, das Postulat sei wegen Erfüllung abzulehnen. Wir schliessen uns aber der Meinung der CVP-Fraktion an und wollen damit auch die Regierung bei ihren weiteren Bemühungen unterstützen.

Katharina Meile: Luzern wird immer mehr vom nationalen Schienennetz abgehängt. Darunter leidet nicht nur der einzelne Reisende, sondern auch die Attraktivität des öV-Knotenpunkts Luzern. Das ist auf lange Sicht ein Risiko. Wenn Luzern einen Durchgangsbahnhof will, müssen die befürchteten Kapazitätsengpässe belegt werden. Wird Luzern sukzessive auf das Abstellgleis gestellt, wird das Fahren über Luzern immer weniger attraktiv, was zu weniger Reisenden führt. Weniger Reisende wiederum bedeutet weniger Gewicht gegenüber dem Bund und lässt die Dringlichkeit des Durchgangsbahnhofes sinken. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, die Verkehrsströme nur über wenige Knotenpunkte zu leiten und etwa den Bahnhof Zürich noch mehr zu belasten. Es ist sinnvoller, verschiedene Wege auszubauen und den Fluss zu fördern beziehungsweise eine Überlastung zu verhindern. Auch wenn wir letzte Woche lesen konnten, dass es nicht um die Frage geht, ob der Durchgangsbahnhof kommt, sondern wann er kommt, darf das Engagement für die Weiterentwicklung des Schienennetzes in und um Luzern nicht nachlassen. Wir brauchen gute Verbindungen in alle Richtungen und auch den Durchgangsbahnhof. Das Bedürfnis nach Mobilität muss mit dem öV aufgefangen werden, auf keinen Fall aber mit mehr Strassen. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Postulats zu.

Giorgio Pardini: Eigentlich ist der Zug in Luzern etwa schon vor 30 Jahren abgefahren. Wir haben es in der Vergangenheit immer wieder versäumt, uns entsprechend in die Diskussion in Bern einzubringen und mit Nachdruck die Anbindung von Luzern an den Rest von Europa zu verlangen. Trotzdem dürfen wir den Mut nicht verlieren. Die direkten Zugsverbindungen sind für den Kanton Luzern volkswirtschaftlich unabdingbar, insbesondere wenn man bedenkt, dass Wirtschaftsreisende, aber auch Touristen heute in der Regel Reisen von 600 bis 700 Kilometern mit Intercityzügen unternehmen. Aus diesen Überlegungen spricht sich die SP-Fraktion für die Erheblicherklärung des Postulats aus.

Urs Brücker: Die Regierung zeigt in ihrer Begründung auf, dass sie sich der Forderung des Postulats schon lange annimmt. Deshalb kommt eigentlich auch eine Ablehnung wegen Erfüllung infrage. Damit sich die Regierung aber auch weiterhin für einen vernünftigen Fahrplan von Luzern in Richtung Süden einsetzt, unterstützt die GLP-Fraktion ebenfalls die Erheblicherklärung des Postulats.

Marcel Omlin: Ich muss Giorgio Pardini recht geben, der Zug ist in Luzern schon vor über 30 Jahren abgefahren, es gibt nur noch eine internationale Verbindung. Luzern liegt aber verkehrstechnisch gesehen am falschen Ort. Die internationalen Züge fahren über das Freiamt und Rotkreuz oder über die Ostschweiz Richtung Gotthard. Für den Tourismus mag es sinnvoll sein, dem Postulat zuzustimmen. Die Verhandlungen über die internationalen Zugsverbindungen laufen aber europaweit, und Luzern ist dabei nur ein winziger Ort, der verkehrstechnisch am komplett falschen Ort liegt.

Guido Müller: Unser Rat hat vor einiger Zeit darüber diskutiert, wie vorzugehen sei, wenn die Forderung eines Postulats erfüllt sei, ob es dann zu überweisen sei oder nicht. Die Geschäftsleitung hat diese Frage eingehend besprochen, und die Regierung meinte, was sie auch beantrage, es sei falsch. Schlussendlich hat man sich auf den Kompromiss „Ablehnung wegen Erfüllung“ geeinigt. Die Regierung stellt nun den Antrag auf Ablehnung wegen Erfüllung. Der Rat scheint sich nun aber schon nicht mehr an diesen Kompromiss halten zu

wollen. Ich bitte Sie jedoch, dem Antrag der Regierung zu folgen. Ansonsten werden wir bei nächster Gelegenheit wieder genau die gleiche Diskussion führen.

Fabian Peter: Ich möchte dem Votum von Guido Müller widersprechen. Wir haben nun die Chance, möglichst ein Signal an die SBB zu senden, auch wenn wir nicht wissen, was es schlussendlich bringen wird. Deshalb bitte ich alle, dem Postulat zuzustimmen; es geht darum, ein Zeichen zu setzen und unserer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Wer mit der Situation zufrieden ist, kann das Postulat natürlich ablehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Wir sind uns ja eigentlich einig: Wir sind nicht zufrieden mit den momentanen Verbindungen Richtung Süden. Wir sind aber auch mit anderen Verbindungen nicht zufrieden. Wenn wir nur die Verbindungen betrachten, sind diese gar nicht so schlecht. Aber ich verstehe, dass das Umsteigen, insbesondere für Touristen, einen aus unserer Optik gesehen unhaltbaren Zustand darstellt. Viele Touristen fahren von Luzern nach Mailand, was aber durch das Umsteigen mit Koffern erschwert wird. Dadurch wird die Destination Luzern geschwächt. Ich bin froh, dass Sie erkannt haben, dass die Regierung an diesem Thema dranbleibt. Es wurde auch keine Kritik geäußert, dass wir diesbezüglich zu wenig tun. Aber langsam weiss ich nicht mehr, was wir noch unternehmen sollen. Ein Blick nach Bern zeigt, dass an der Dezember-Session fünf Vorstösse zur Fahrplansituation und Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofes Luzern behandelt worden sind. Anlässlich der Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs, die jeden zweiten Monat zusammen mit dem Bundesamt für Verkehr stattfindet, wird die Situation analysiert, und wir bringen uns bezüglich der strategischen Ausbauplanung 2030–2035 ein. Ich habe beim Mobilitätskongress 2017 persönlich mit SBB-Chef Andreas Meyer besprochen, ob es eine Möglichkeit gäbe, die Verbindungen im laufenden Jahr noch zu prüfen und anzupassen. Er hat ein positives Signal gesendet, was sehr aussergewöhnlich ist. Nächste Woche findet wieder ein Zentralschweizer Parlamentariertreffen statt. Dort werden wir das Thema ebenfalls wieder zur Sprache bringen. Ob Sie nun unserem Antrag auf Ablehnung wegen Erfüllung zustimmen oder das Postulat überweisen – die Regierung bleibt dem Thema treu und dankt Ihnen für Ihr Vertrauen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 100 zu 13 Stimmen erheblich.